

Regel vorgegeben werden. Und mit dem gleichen Schlag will man die unangenehme Danziger Illage klappen.

Ob das alles so glatt gehen wird? Man darf über den feingespinnnen politischen Tadel nicht vergessen, daß sich diese Pläne wirtschaftlich nicht nur gegen Danzig und Deutschland, sondern ebenso sehr gegen England richten. Die Polen haben sich dort ja schon ein Gegenstand schwerer Sorgen; denn sie werden in London für 15 Schilling angeboten, während englische Rohle am Ort 18 Schilling kostet. Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß der Schmelzpreis im Ostoberbleichen 4, in Deutschland 8 und in England 9 Schilling beträgt. Mit diesem Rohdumpering hat Polen jetzt bereits den Engländern den skandinavischen Kohlenmarkt abgenommen. Und wie soll es erst werden, wenn die direkte Bahn von Oberschlesien nach Ostpreußen noch günstigere Konkurrenzverhältnisse schafft, solange sich der politische Staat den Kurs der Rohstoffe leisten kann? Das ist der Dank vom Hanse-Vilshufte dafür, daß Poland

George vor zehn Jahren dem Rand der besseren Hälfte unserer oberelbischen Provinzen durch Polen gelidelt hat. Aber das eine Gute hat wenigstens die Entwicklung, daß sie die englische Politik nachträglich zum Widerstand zwingt. Es wird schon dafür gefordert werden, daß auch die obingener Räume nicht in den Dünneel wachsen!

Wiekicht hat sich Polen in seiner Angriffslust gegen Danzig schon so weit vorgewagt. Denn mit französischer Hilfe allein kann es die Inverleibung der freien Stadt nach ihrem zehnjährigen Abwehrkampf nicht mehr erreichen. Und die anderen Mächte haben alle ein mehr oder weniger hartes Interesse an der Erhaltung der Danziger Selbständigkeit. Wenn Polen fortfährt, sie durch seine Wirtschaftspolitik zu untergraben, so rollt es von selbst, und gewiß nicht zu seinem Vorteil, die ganze Grenzfrage an der unteren Weichsel auf. Denn das Problem Danzig-Gdingen ist ein Mutterdelikat für Artikel 19 des Völkerbündungspaktes über „unanwendbar gewordene Verträge“.

Litauen setzt die Deutschenausweisungen fort

Energetische Gegenmaßnahmen notwendig

Rönigsberg, 21. April. Die deutsche Gesandtschaft in Rowno hat am Freitag der litauischen Regierung wegen der am 20. April erfolgten Ausweisung des Studienassessors Hartung aus dem Westpreußischen Kreis überreicht, in der erneut darauf hingewiesen wird, daß die Ausweisung im Widerspruch zum Vertrag zwischen Litauen und Deutschland vom 27. Oktober 1922 steht, und daß die deutsche Regierung auf diesen Fall dem litauischen Vertrag vorgehenden Schiedsgericht übergeben werde.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, stehen noch weitere Ausweisungen von Reichsdeutschen auch aus dem übrigen Litauen bevor.

Dem in Litauen seit zehn Jahren ansässigen juristischen Berater der deutschen Gesandtschaft in Rowno, Rechtsanwalt Baumgärtel, ist die Ausweisung des Reichsdeutschen in Litauen Wohnhaften Prediger Duchein wurde wegen Nichtbesitzes einer Arbeitsgenehmigung (!), obgleich er viele als Prediger nicht benötigt, eine Verlängerung der Arbeitsgenehmigung verweigert.

Angesichts der herausfordernden litauischen Ausweisungspolitik wird es jetzt höchste Zeit, daß Deutschland energetische Vorkehrungen in Rowno erhebt. Sollte hierdurch die litauische Regierung nicht zur Vernunft gelangen, so sind schärfste Gegenmaßnahmen am Platze.

Der rumänische Minderheitenminister

Bukarest, 21. April. Der Abgeordnete Rudolf Brandisch, der, wie gemeldet, zum Unterstaatssekretär für die Minderheiten ernannt worden ist, hat heute vor dem Staatsrat in Gegenwart des Königs und des Ministerpräsidenten Jorga den Eid geleistet. Nach der Vereidigung hielt der König eine Ansprache, und zwar in deutscher Sprache, in der er seiner Genugtuung darüber Ausdruck verlieh, als Mitarbeiter in der Regierung einen Vertreter der Minderheiten zu sehen. Die Ernennung des Abgeordneten Brandisch hat bei allen Minderheitsparteien große Befriedigung ausgelöst. Es geschieht zum erstenmal,

daß in Rumänien ein Angehöriger der völkischen Minoritäten in die Regierung berufen worden ist.

Unterstaatssekretär Brandisch hat heute den Vertreter der amtlichen Nachrichtenstelle empfangen und ihm u. a. erklärt: Das Unterstaatssekretariat ist selbstverständlich nicht nur für die Deutschen, sondern für alle Minderheiten Rumänien geschaffen. Ich habe die feste Hoffnung, daß durch Erspritliches für die Regelung und Besserung der Verhältnisse der Minderheiten Rumänien zum Mehrheitsvolk geleistet werden wird. Aufgabe des Unterstaatssekretariats wird es sein, sämtliche Minderheitenbeschwerden einer sorgfältigen gerechten Behandlung durch den Ministerpräsidenten zuzuführen. Das Unterstaatssekretariat wird auch die Verrückung von Vorurteilen in die Wege leiten. Die Person des Ministerpräsidenten Jorga ist die beste Gewähr dafür, daß wirklich Positives geleistet wird. Die Berufung eines Deutschen zum Leiter des Unterstaatssekretariats ist als weiterer Beweis für die besondere Situation des deutschen Volkes in Rumänien und sein Verhältnis zum Mehrheitsvolk zu begrüßen.

Kampf gegen das Pommerellen-Deutschtum

Berlin, 24. April. (Eig. Drahtmeldung.) Der Kampf gegen das Deutschum in Pommerellen nimmt geradezu groteske Formen an. So fand am Donnerstag in Dirschau eine „Protestversammlung“ statt, die sich gegen die deutschen Vereine in Pommerellen richtete. Der Starobisfünfte an, er werde sich dafür einsetzen, daß den in Dirschau noch vorhandenen deutschen Vereinen die Krankenkassenpraxis entzogen wird. Dann stellte er mit Bebauern fest, daß bei der augenblicklichen Sachlage leider viele Patienten die im deutschen Weißbrot befindliche Apotheke aufsuchen müßten, wodurch leider diese deutsche Apotheke unterdrückt werde.

Das Tenzendurteil gegen Jude bestätigt

Warschau, 24. April. Das höchste Berufsungsgericht in Warschau hat als letzte Instanz die Berufung des im Zusammenhang mit dem Neuböser Grenzverstoß wegen Spionage zugunsten Deutschlands zu 11 Jahren schweren Gefängnis und 30 000 Mark Geldstrafe verurteilten deutschen Grundbesizers Jude verworfen, wodurch das Urteil der ersten Instanz in Kraft gesetzt wurde.

Englische Staatsmänner über die Abrüstung

Warnung an Frankreich - Deutsches Lebensrecht

London, 21. April. Beim Jahresbankett des Vereines Ausländischer Presse, dem mehrere britische Minister und Staatssekretäre und ein Mitglied des diplomatischen Korps beiwohnten, hielt Staatssekretär Henderson eine Rede, in der er der ausländischen Presse wegen des heilbringenden Einflusses, den sie auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen oft ausübe, seine Anerkennung ausdrückte. Unter Bezugnahme auf die kommende Abrüstungskonferenz erklärte Henderson, es nüge nichts, zu behaupten, daß der Geist des Argwohn, des Mißtrauens und der Unsicherheit überwunden sei.

Er werde es vielleicht niemals sein, wenn das im Verlaufe der Abrüstungskonferenz der Abrüstung nicht vollendet werden könne und wenn die Nationen den von ihren Vertretern vor dem Völkerbund feierlich eingegangenen Verpflichtungen kein Vertrauen mehr entgegenbringen könnten.

Es sei infolgedessen unumgänglich, die Bedeutung zu übersehen, die die Regierung und auch alle Parteien Großbritannien dem Erfolge der Abrüstungskonferenz beimäßen. Das Interesse, das Großbritannien für die Sache des dauernden Friedens habe, sei das hauptsächlichste und fast das einzige Ziel seiner aktiven Beteiligung an der internationalen Politik. Der Erfolg der Abrüstungskonferenz, so fuhr Henderson fort, werde mehr als alles andere dazu beitragen, die Gefahr der Wirtschaftskrise zu vermindern. Das Interesse, das Großbritannien dem Frieden entgegenbringe, habe seine Politik in der Frage des Rheinlandes

und in anderen ähnlichen Fragen sowie bei den französisch-italienischen Flottenbesprechungen bestimmt. Eine Regelung des Flottenproblems würde die Abrüstungskonferenz sehr unterstützen, während die Nichtlösung der noch vorhandenen Schwierigkeiten die Verhandlungen zu Hauptprogrammen vertreiben könnte, die den Wert des Vertrages früher oder später illusorisch machen würden.

Lord Cecil sprach am Freitagabend auf einer Versammlung einer Gruppe der britischen Völkerbundsvereiner über die Abrüstungsfrage. Bemerkenswert war seine Äußerung:

daß man es Deutschland nicht verübeln könne, wenn es im Falle eines Fehlschlages der Abrüstungskonferenz die einzig mögliche Folgerung zöge und aus dem Völkerbund austräte.

Cecil befahte sich weiter eingehend mit den möglichen Folgen eines Scheiterns der Abrüstungskonferenz, das auch schon vorliegen würde, wenn die Staaten sich nicht auf eine Erhebungslinje einigten, sondern auf der Beibehaltung ihrer gegenwärtigen Rüstungen beharrten. Er erinnerte an die Verirpungen Clemenceaus, die dieser im Namen der Alliierten über die allgemeine Abrüstung gab und die durch die weiteren internationalen Abmachungen — wie den Locarnovertrag usw. — bestätigt worden seien. Sollte die Aufgabe nicht erfüllt werden, so müßte man erwarten, daß die belagerten Länder auf der Wiederaufrüstung bestehen würden. Die Einsprüche der jetzigen gemäßigten deutschen Regierung und selbst die Forderungen der Nationalsozialisten und des Stahlhelms würden dann ein Nichts gegenüber dem Aufwachen des normalen patriotischen Gefühls in Deutschland annehmen der Wiederherstellung seiner militärischen Stellung werden.

Eine belgisch-holländische Zollunion?

Berlin, 21. April. (Eig. Draht.) Die belgische Presse, die sich anfangs in ihrer Beurteilung der deutsch-belgischen Zollunion einige Beschränkungen auferlegte, beschäftigt sich jetzt eingehend mit dieser Frage, wobei sich fast alle Blätter, abgesehen von den sämtlichen Organen, die in der französischen Presse erhabenen Bedenken anstellen und gegen das deutsch-belgische Abkommen Stellung nehmen. Neuerdings macht sich in gewissen belgischen Kreisen ein Verdrehen bemerkbar, gemindert als Gegengewicht gegen das deutsch-belgische Abkommen Propaganda für den Abschluß einer belgischen Zollunion mit Holland zu machen. In einem Teil der Presse heißt es, durch die sich in Europa anbahnende wirtschaftliche und politische Neuorientierung könnten die kleineren europäischen Länder in Dinteresse geraten, und es sei daher wünschenswert, daß der Abschluß einer belgisch-holländischen Zollunion erfolge. Eine solche Zollunion würde auf dem Gebiete des internationalen Handels für Belgien und für Holland von der größten Bedeutung sein. In finanzieller Beziehung würde eine wirtschaftliche Zusammenfassung Belgien-Holland eine große Rolle spielen können. Während der Nationalbelgien Belgien sich auf 425 Milliarden belgischer Franken belaufe, sei der Nationalbelgien Belgiens und Hollands zusammen auf 1005 Milliarden Franken zu beziffern. Eine solche Zollunion würde auch in kolonialpolitlicher Beziehung sehr stark dastehen und bei den Planungsarbeiten einen großen Wert in die Waagschale werfen können.

Auftakt zum Parteitag der Wirtschaftspartei

Hannover, 24. April. Der Parteitag der Reichspartei der Wirtschaftlichen Mittelstände (Wirtschaftspartei) begann mit einer Sitzung des Parteivorstandes. Die Parteipräsidium beschäftigte sich u. a. mit der Vorbereitung der für den 25. April angelegten Reichsausschüsse sowie der übrigen Veranstaltungen im Rahmen des Parteitages und billigte die dem Reichsminister in den nächsten Tagen zu unterbreitenden Forderungen zum Gesamtprogramm der Reichsregierung. Die Forderungen sollen dem Reichsausschuß zur Kenntnisnahme und Zustimmung vorgelegt werden. Zur weiteren Durchsührung der sachlichen Arbeiten des Parteitages wurden sodann verschiedene Kommissionen eingesetzt. Einzelnen Pressemeldungen, stellte der Parteivorstand fest, daß irgenwelche Anträge auf Ausschluß führender Persönlichkeiten nicht vorliegen.

Sozialistischer Bürgerchaftspräsident in Bremen

Bremen, 24. April. In der heutigen Sitzung der Bremer Bürgerchaft wurde der bisherige Vizepräsident Dieter Loh (SPD) in der Stichwahl mit 17 gegen 43 Stimmen, die auf den Kandidaten der Nationalsozialisten und bisherigen Präsidenten Konrad Bernhard entfielen, zum Präsidenten der Bremer Bürgerchaft gewählt. 28 Stimmen waren ungenügend. Da die ersten drei Wahlgänge keine absolute Mehrheit für einen der vorgeschlagenen vier Kandidaten ergaben hatten, war es zur Stichwahl gekommen.

Grundgesetz des Reichsländerbundes für Klaus Heim

Berlin, 24. April. Der Präsident des Reichsländerbundes, Graf v. Helldorf, hat an den Reichspräsidenten am 24. April ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: Auf Grund der Beratungen in dem sogenannten Bodenlegerprozess sind Klaus Heim, ein alleiniger Teilnehmer des Reichsländerbundes, und eine große Anzahl seiner Kameraden auf längere Zeit hinaus dem Zuchthaus bzw. dem Gefängnis überantwortet worden.

Niemand kann Klaus Heim und seinen Kameraden beschulden, daß ihre Taten aus ethischen Gründen zu ihrer Verurteilung und zu ihrem Berufsande entzogen sein könnten.

Der Untergang der Landwirtschaft ist ihnen gemiß, und damit auch schwerer Schaden für ihr Vaterland unabwehrbar, wenn nicht durch außerordentliche Mittel die Kulturnorm der Dürftigkeit auf diese Notstände gelenkt würde. Aus diesen Erwägungen erklären sich die Taten von Klaus Heim und seinen verurteilten Kameraden, durch die kein Menschleben vernichtet worden ist. Klaus Heim und seine Kameraden haben auch keine selbstschädigenden Ziele verfolgt. Sie haben sich unter größtem persönlichen und wirtschaftlichen Opfer für die Rettung ihres Reichsländerbundes eingesetzt. Wir sind sicher, daß wir im Sinne weiterer Kreise unserer Völk, die sich der Landwirtschaft verbunden fühlen, und für die auch ihrer Notlage erklärenden Erklärungen Verständnis haben, handeln, wenn wir an Sie, hochzuverehrer Herr Reichspräsident, die Bitte richten, sich für eine Begnadigung des Klaus Heim und seiner Kameraden einzusetzen.

Die Arbeit an der Agrarhilfe

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 24. April. Zur Vorbereitung der am Samstagvormittag stattfindenden Kabinettsitzung, die sich voraussichtlich mit den Fragen einer weiteren Agrarhilfe und daneben mit den Problemen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit befassen wird, fanden heute eine Reihe von Konsultationssitzungen statt. So hatte u. a. auch der Reichsminister Dr. Brüning eine eingehende Unterhaltung mit dem Reichsernährungsminister Dr. Siede über die von der Landwirtschaft geforderten neuen Maßnahmen. Über den Inhalt der Unterredung Dr. Siedes mit dem Reichsminister werden an den zuständigen Stellen keine weiteren Angaben gemacht. Auf erklärt lediglich, daß sich das Kabinett mit den Dingen, die den Gegenstand der heutigen Besprechungen bildeten, morgen befassen werde. Erst nach der Entschließung des Kabinetts könnten nähere Mitteilungen gemacht werden. Auch der Reichslandwirtschaftsminister Dr. Curtius setzte heute seine Verhandlungen mit dem Generaldirektor des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, fort. Es wurden dabei heute in der Hauptsache die Fragen, die mit dem Programm der Völkerbundsstaaten in Zusammenhang stehen, behandelt. Die Beratungen gehen am Samstag weiter. Am Sonntagabend verläßt dann Sir Eric Drummond die Reichshauptstadt.

Streik der Pflichtarbeiter in Weimar

Weimar, 25. April. Die Wohlfahrtsverbände der Arbeiter der Stadt Weimar mußten bisher gemäß der Vorgesetzungsverordnung entsprechend ihrer monatlichen Unterstützung eine bestimmte Menge an Pflichtarbeit leisten. Diese Regelung bestand seit 1925. Im vergangenen Monat wurde bei der Derarbeitung der Unterstützungsbeträge auch gleichzeitig die Abgeltung der Pflichtarbeit geändert. Offenbar unter dem Einfluß der roten Gewerkschaftsopposition beantragten die ausgekürzten Erwerbslosen, Wiederaufhebung der Pflichtarbeitsbestimmungen an die bisherige Regelung zu fordern. Die Verwaltung lehnte den Antrag ab, weil dadurch eine Mehrbelastung des Wohlfahrtsfonds von 70 000 RM. eingetreten wäre. Darauf beschloß die Wohlfahrtsverbände, so lange keine Pflichtarbeit zu leisten, bis ihre Forderungen restlos erfüllt seien. Angesichts dieser Haltung sprengte die Verwaltung die Unterstutzung.

Maul- und Klauenfeuche in Berlin

Berlin, 24. April. (Eig. Drahtmeldung.) Auf dem Berliner Zentralvieh Hof ist heute in der Schweineabteilung plötzlich die Maul- und Klauenfeuche ausgebrochen, worauf die Veterinärpolizei die Abhaltung des Schweinemarktes sofort unterlag. Darüber hinaus ist für ganz Berlin die Ausfuhr von Schweinen angeordnet worden. Die ersten Fälle von Maul- und Klauenfeuche wurden bereits am Donnerstag beobachtet, und die davon betroffenen Tiere wurden sofort abgetrennt. Als die Seuche aber am Freitag einen weiteren Umfang annahm, traf die Veterinärpolizei die Anordnung, daß das ganze zur Zeit in Berlin angelegte Vieh sofort abgeschlachtet werden müsse.

Von dieser Maßnahme werden insgesamt 24 000 Stück Vieh, Schweine, Schafe, Rinder und Pferde betroffen.

Die Folge davon wird sein, daß die Berliner Hausfrauen während der nächsten Tage das Fleisch werden billiger kaufen können. Es ist dies das erste Mal seit zehn Jahren, daß in Berlin wegen Seuchengefahr eine Sperre des Vieh- und Schlachthofes vorgenommen werden muß. Mit der Desinfektion des Viehhofes ist bereits im Laufe des heutigen Tages begonnen worden. Ein großer Aufgebot von Arbeitern wird Tag und Nacht hindurch mit den Säuberungsarbeiten beschäftigt sein. Anfang der nächsten Woche werden voraussichtlich alle behördlichen Vorsichtsmaßnahmen durchgeführt sein, so daß dann mit der Aufhebung der verhängenen Sperre zu rechnen ist.

Meisterstücke der heimischen Automobil-Industrie

Das „Haus der Maschinen“ (Oberingenieur Alexander Traumann) veranlaßt zur Zeit in seinen schmalen Repräsentationsräumen, Prager Straße 60, eine Ausstellung von den neuesten Automobil-Modellen der bekannten Automaker Werke. Da die Ausfahrt der neuen Modelle von hier aus, zum Beispiel, der durch seine rasche Vorkühllührung und die beredete Kühne Neuproduktion in dunkelblauer mit mauve abgesetzter Färbung auf der letzten Berliner Automobil-Ausstellung der weitestgehenden Kritik erregte. Er ist in der Tat der Wagen des vollkommenen Fortschritts. Eine außerordentlich elegante Form zeigt das Modell von Walter Raschke Sport-Automobil, Typ Dresden. An der Rückwand ist eine geräumige Kofferkabine angebracht; keine bequemeren Führer-Kabine und die dreifache gepolsterte Bank im Fond streifen diesen Typ zu einem bevorzugten Fahrgastraum.

Ebenfalls 20/100 PS besitzt die mit einer Dornle-Karrosserie ausgestattete Romantika von Hermann Limbus. Die an Komfort und eleganten Ausstattung keine Wünsche offen läßt und mit ihrer Oberholgarnierung dem Repräsentationswagen in Schönheit darstellt. Ein besonderer Vorzug ist die neue Getriebeschaltung gegen unbeeinträchtigtet Rückwärtslauf, eine Einrichtung, die bei Fahrten in hart beschlagen Gelände ein unbedingt sicheres Fahrverhalten gewährt. Was leichter Gebände ein unbedingt sicheres Fahrverhalten gewährt, das 13/75 Sport-Automobil, Typ Dresden, mit Walter-Karrosserie. Sämtliche Wagen besitzen die letzten technischen Neuerungen, wie Schnellkurbeltrieb, Einbaueinrichtung und reichhaltiges Zubehör. Die neuen Modelle reißen sich hinsichtlich Güte, Leistung und Fertigkeit den bis jetztigen Modellen würdig an.

Es ist nicht möglich, die Welt... Die Sudapette die bekanntlich... Die Interessen der Großen... Die Taffache, Millionen... Die Pflichtarbeiter in Weimar... Maul- und Klauenfeuche in Berlin... Meisterstücke der heimischen Automobil-Industrie